Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 8133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 22815.

Nr. 422. Halle, Freitag, den 9. September 1921. **Einzelpreis 30 Pfg.**

Ob sie sich finden?

W. G. Wir haben uns leider daran gewöhnt — eine Folge der allzu vielen Verdrießlichkeiten —, Fragen der inneren Politik, soweit sie eine neue Regierungsbildung betreffen, mit Verächtlichkeit und Skepsis zu behandeln. „Der Parteibonzenkampf um den großen Futtertopf" war die bezeichnende Glosse. Hierin liegt ohne Zweifel eine grobe Verallgemeinerung privater Zügellosigkeiten, die leider unserer Zeit den Stempel aufgedrückt haben. Aber sollte es selbst mit diesem heißumstrittenen Futtertopf seine Richtigkeit haben, dann hätten doch gerade diese Kritiker allen Grund, dem Uebel abzuhelfen. Aber augenblicklich geht es um höheres. Die Umbildung der Regierung im Reich wie in verschiedenen Einzelstaaten (Preußen und Bayern) erweist sich im Augenblick als eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes. Wenn auch darüber bereits eingehende Verhandlungen gepflogen werden, so kann diese Frage unter den jetzigen Verhältnissen doch nie schnell und entschlossen genug einer Lösung zugeführt werden.

Im Innern ist die Lage klar: beim Erzbergermord schieden sich die Geister mit aller Klarheit in die entschiedenen Verfechter der demokratischen Republik und die extrem-reaktionären Gegner des demokratischen Gedankens (daß sie den politischen Mord verwerfen, tut ihrer reaktionären Stellung keinen Abbruch). Mit seltener Deutlichkeit schieden sich die beiden Fronten voneinander, jeden zwang man, Farbe zu bekennen. Der verfassungsrechtliche Kampf der Reichsregierung zum Schutze der demokratischen Grundlagen hat energisch und mit unbestreitbarem Erfolge eingesetzt. Aber so gewiß wir des großen Gefolges sind, das der Reichskanzler in seiner Kampfstellung bei den breiten Volksschichten besitzt, nicht weniger deutlich verspüren wir auch den Mangel einer — der Lage der Dinge Rechnung tragenden — Regierungsbildung im Reich, in Preußen wie in Bayern.

Wir haben mit Beschleunigung eine große Korrektur in der Zusammensetzung dieser Kabinette vorzunehmen, die sich ganz notwendig aus dem Ernst der inneren Lage ergibt. Wir vermissen in der Reichsregierung die Vertreter jener Partei, die sich noch kürzlich unzweideutig zur Republik bekannt hat, während die preußische Regierung ganz unmöglicherweise des sozialdemokratischen Elementes entbehrt, ganz zu schweigen von der extremen Tendierung der bayerischen Kahr-Regierung.

Im Reich wie in Preußen scheint die notwendige Umgruppierung bei oberflächlicher Betrachtung ganz ohne Reibungen möglich zu sein. Aber daß hier bedenkliche Hindernisse im Wege stehen, hat die Erfolglosigkeit bewiesen, mit der bisher die Verhandlungen über den Eintritt der Sozialisten in die preußische Regierung geführt wurden. Nach dem neuesten Stand der Dinge kann aber das Zusammengehen der Volksparteiler mit den Sozialisten in einer Regierungskoalition nicht mehr als innerlich widersprechende Mißehe angesprochen werden, da das jüngste Republikbekenntnis der Volksparteiler zu präzis und eindeutig war, um alten Zweifeln Raum zu lassen. Was hier noch trennt, sind taktische Erwägungen. Die Mehrheitssozialisten wollen neuerdings etwas Unmögliches; sie — wenigstens auf einem ihrer Flügel — denken an eine Koalierung mit den Unabhängigen, um ein reines Sozialistenregiment aufzurichten, das etwa durch beträchtliche kommunistische Ueberläufer gestärkt und gefestigt werden könne. Hoffentlich kommen die betreffenden Leute von diesem hahnebüchenen Gedanken ab; denn selbst wenn dem Sozialismus eine parlamentarische Mehrheit zur Verfügung stände, wäre diese Klassenherrschaft der kürzeste Weg zum inneren Chaos. Mag man sich gerade in diesen Kreisen dem gebieterischen Ernst der Stunde nicht verschließen und die einzige Möglichkeit entschlossen beim Kopfe fassen: Zusammenschluß mit dem demokratischen Bürgertum zum Schutze der bedrohten Republik.

Auf seiten der Deutschen Volkspartei liegen — wie eben noch bestätigt wird — in dieser Hinsicht keine Hindernisse, obschon sie sich zu parteipolitischen Opfern bereit erklären muß, die jedoch nichts wiegen gegenüber dem damit erreichten Erfolg für das Gesamtvolk.

Das parteitaktisch-wohlüberlegte Manöverieren des Herrn Stresemann scheint darauf hinzudeuten, daß wir auf einen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung nicht lange zu warten brauchen, — vorausgesetzt, daß inzwischen die sonderbare Bürgerschen bei den Sozialisten dank besserer Einsicht verflogen ist.

Diese Umgruppierung im Reich hätte dann eine ähnliche in Preußen automatisch im Gefolge, wo sich der Sozialist zum Volksparteiler setzen wird, wobei wir die Zweifel nicht verhehlen wollen, die hier die starke sozialistische Opposition hervorrufen muß; ist es doch parteitaktisch ein ander Ding, ob man eine unangenehme Partei zu seiner Koalition zuläßt oder sich selbst in eine solche hineinwagt. Aber was bedeutet hier Taktik! Es läßt sich in seinen Wirkungen gar nicht beschreiben, welche Bedeutung — nach innen wie nach außen — diese Aktion haben wird. Denn nur auf diesem Wege kommen wir zu einer Konsolidierung der inneren Verhältnisse und bieten zugleich dem Ausland die Gewähr einer dauernd loyalen Haltung mit der glücklichen Nebenerscheinung, daß den Chauvinisten jenseits des Rheins der gefährliche Wind aus den Segeln genommen wird.

Die Umbildung des preußischen Kabinetts.

Gestern abend wurden die am Tage zuvor abgebrochener Besprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Sozialdemokraten und der U. S. P. D. fortgesetzt. Diese zogen sich bis in den späten Abend hin.

Ueber den Verlauf der interfraktionellen Besprechungen über die Umbildung des preußischen Kabinetts bringen die Blätter nach einer Zeitungskorrespondenz Einzelheiten. Vom Zentrum wurde zunächst gefordert, daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Siering, den Vorwurf widerrufe, daß das Kabinett Stegerwald aus Wort- und Treubruch hervorgegangen sei. Abg. Siering bedauerte, dazu nicht in der Lage zu sein, da die aufgestellte Behauptung seiner unwandelbaren Ueberzeugung entspräche. Wohl aber sei er bereit, gemeinsam mit den anderen Parteien eine geeignete Formulierung zu suchen, die das Moment der persönlichen Beleidigung ausschalte. Als allgemeine politische Orientierung hielten Zentrum und Demokraten daran fest, daß die Neubildung der preußischen Regierung nur auf der Basis der breiten Koalition, d. h. unter Zuziehung der Deutschen Volkspartei stattfinden könne. Von sozialdemokratischer Seite wurde dieser Gedanke abgelehnt. Es könne sich jetzt lediglich darum handeln, daß die Sozialdemokratie wieder in die preußische Regierung eintrete und damit Preußen eine Regierung erhalte, welche gleiche Tendenz und gleiche Zusammensetzung hätte wie das Kabinett Wirth im Reiche. Präsident Leinert schlug vor, vorläufig eine Regierung der alten Koalition zu bilden und nach ihrem Zustandekommen mit der Deutschen Volkspartei über deren etwaigen Eintritt in die Regierung zu verhandeln. Da auch dieser Vorschlag vom Zentrum und Demokraten abgelehnt wurde, ging die interfraktionelle Besprechung ergebnislos auseinander. Wie die Korrespondenz weiter meldet, hat Präsident Leinert Herrn Stegerwald von der Besprechung sogleich Mitteilung gemacht und dieser hat sich damit einverstanden erklärt, daß Leinert seine Mission als beendet ansieht und vorläufig keine weiteren Schritte unternimmt.

Bayern und das Reich.

Trotzdem über den materiellen Teil der Verhandlungen der Reichsregierung mit der bayerischen Delegation vorläufig strengstes Stillschweigen bewahrt wird, glaubt der „Lokalanzeiger" auf Grund zuverlässiger Informationen andeuten zu dürfen, daß der bayerischen Regierung für den Verzicht auf den Belagerungszustand hinreichende Garantien angeboten worden sind. Man wird künftig, wie es in der Meldung des Blattes weiter heißt, bei allen von der Berliner Zentrale aus sich über Bayern erstreckenden Maßnahmen rechtzeitig mit der Münchener Regierung Fühlung nehmen. Ueberhaupt wird Bayern in aktuellen Verwaltungsfragen, wie z. B. Behandlung der Preßfreiheit, in seiner Staatshoheit künftig weitgehend respektiert werden.

Abderhalden bleibt in Halle!

Nur die sog. politische und wirtschaftliche „Hochspannung" der letzten Zeit macht es erklärlich, daß kaum ein Wort an ein Ereignis gewendet wurde, das uns so nahe berührt, wie der Entschluß Geh.-R. Prof. Dr. E. Abderhaldens, den so höchst ehrenvollen Ruf als Nachfolger Bunges in Basel abzulehnen, und in Halle zu verbleiben. Was Abderhalden als Mann der Wissenschaft bedeutet, ist dem Fernstehenden freilich nicht in Kürze darzulegen; es muß da die Versicherung genügen, daß er zu den ersten Leuchten seines Faches (richtiger seiner Fächer) zählt, sowohl durch seine experimentellen als durch seine literarischen Leistungen, zu denen ihn nicht minder seine hervorragende Begabung befähigt, als seine geradezu unerschöpfliche Arbeitskraft. Wie er diese auch auf gemeinnützigem Gebiete bewährte, zur Zeit des Krieges als Arzt und Hygieniker, und nach dem Kriege als Hüter der Volksgesundheit, Pfleger der Jugend, Förderer des Siedlungs- und Gartenwesens, u. s. f., u. s. f., das steht weitesten Kreisen in Erinnerung, wenngleich es keineswegs stets nach Gebühr zur allgemeinen Kenntnis kam, und auch nicht stets jene allgemeine und freudige Anerkennung fand, die man als selbstverständlich hätte voraussetzen dürfen! Schätzen wir uns also glücklich, daß uns ein solcher Gelehrter und Organisator, aufrechter Selbstdenker und offener Charakter, erhalten bleibt; auf ihn trifft, wie auf Wenige, Rückerts schöner Vers zu:

„Dem Manne aber soll' ich gern den höchsten Preis,
Der zu verwirklichen, was ich zu träumen weiß."

Prof. Dr. Edmund O. von Lippmann.

„Professor Otto Otto."

Endlich kommt Licht in die Angelegenheit des mysteriösen Herrn Otto Otto, der in Badeorten des Harzes seit geraumer Zeit Heilkünste betreibt und den die Braunschweigische Regierung „in Anbetracht seiner hervorragenden Verdienste um die medizinische Wissenschaft" den Professorentitel verliehen haben soll. Da Herr Otto Otto, der eigentlich Otto Schlesinger heißt, früher Varietéekomiker war, wunderte man sich über diese seltene Auszeichnung. Viele Aerzte in Deutschland haben das Dunkel zu ergründen gesucht, konnten aber beim besten Willen vom Braunschweigischen Staatsministerium keine Auskunft erhalten. Auch wir haben uns auf viele Anfragen unserer Leser hin brieflich und drahtlich an das Braunschweigische Ministerium gewandt mit der Bitte um Auskunft, ob die Ernennung Otto Ottos zum Professor den Tatsachen entspreche. Das Braunschweigische Staatsministerium aber verweigerte jede Auskunft.

Nun bringen die „Aerztlichen Nachrichten", das Organ der Aerztekammer der Provinz Sachsen einen Aufsatz „Professor der Psychotherapie", der sich mit der Person Otto Ottos beschäftigt und der auch das Erkennungsschreiben des Braunschweigischen Staatsministeriums der Oeffentlichkeit vermittelt:

Staatsministerium Braunschweig, den 9. 6. 1921.
Abteilung für Volksbildung

An die
Gesellschaft zur Förderung psychischer Forschung
z. Hd. des Herrn Notar Wirstof
Nr. V. 1801. Blankenburg a. Harz.

Wir haben Kenntnis genommen von Ihrer Absicht, in Blankenburg a. Harz eine Schule für wissenschaftliche Psychotherapie zu eröffnen. Einwendungen dagegen werden nicht erhoben. Wir erwarten Einsendung des Lehrplans und der Satzung der Schule.

Auch gegen die Berufung des Herrn Otto Schlesinger als Lehrer an der Schule werden Einwendungen nicht erhoben. Ihrem Wunsche stattgebend, genehmigen wir, daß Herr Otto Schlesinger, genannt Otto Otto, in Ausübung seines Lehrberufes die Bezeichnung

Professor der Psychotherapie

führt.

gez. Sepp Oerter.

Professor Konrad Alt beschäftigt sich mit dieser für die traurigen Verhältnisse unserer Zeit bezeichnenden Angelegenheit. Er schreibt dazu:

Gewisse Kreise sagen heute noch dem neugebackenen Professor nach, daß er aus Mitleid für die leidende Menschheit seine Praxis ausübe und immer noch die gefüllten Börsen der überströmenden Dankbarkeit zurückweise. Immerhin ist jetzt allerhand durchgesickert, daß der neue Professor, der im langen weißen Arztmantel seine Visiten macht und den dirigierenden Arzt mit einem Ministergehalt besoldet, auch in Bezug auf Honorarforderung seine Großzügigkeit nicht verleugne. An sich ja auch verständlich und nützlich, denn fortgesetzte Reklame verschlingt viel Geld, und die Dummheit der Menschen ist selbst in unserer kranken Zeit, in der mehr wie je um das goldene Kalb herumgetanzt wird, immer noch am besten durch den Geldbeutel zu kurieren. Hierfür der Beweis: Vor einiger Zeit gelangte ein Schreiben zweier Halberstädter Rechtsanwälte an die Aerztekammer, aus dem in voller Klarheit das gerade Gegenteil hervorgeht und die Geldschneiderei Otto Ottos in greller Beleuchtung erscheint. Die Rechtsanwälte berichten, daß ein kleiner Privatangestellter, ein Packer, der einen während des Krieges und seiner Meinung nach durch den Krieg geisteskrank gewordenen Sohn in der Landesheilanstalt Altscherbitz hat, durch die Zeitungsnachrichten und die Vorträge Otto Schlesingers die Hoffnung geschöpft hat, der Wundermann werde rasche Heilung bringen. Trotzdem die Leitung der genannten Heilanstalt pflichtmäßig schriftlich ein klares Krankheitsbild gab, von einem Entlassungsversuch dringend abriet und ausdrücklich betonte, die Krankheit sei für eine Behandlung durch Suggestion oder Hypnose nicht geeignet — der Bericht wurde auch von dem Vater an Otto Schlesinger eingesandt —, nahm der Vater den Kranken aus der Anstalt heraus und führte ihn der Abteilung „Otto Otto-Kuranstalten" der vereinigten Hotels Kurhaus und Fürstenhöh in Schierke zu. Herr Otto Schlesinger nahm den Geisteskranken in Behandlung, nachdem er sich einen Kostenvorschuß von 1000 Mk. hatte zahlen lassen, und unterzog ihn einer viermaligen Sitzung.

Da die erhoffte Besserung ausblieb, nahm der Vater den Kranken am sechsten Tage wieder fort, hatte außer dem Vorschußhonorar von 1000 Mk. noch 50 Mk. für eine ärztliche Untersuchung und 1375,20 Mark Hotelrechnung zu bezahlen, war also in 6 Tagen 2450,20 Mark — die Reisekosten nicht gerechnet — für nichts und wieder nichts losgeworden, und führte nunmehr den Geisteskranken wiederum der Landesheilanstalt Altscherbitz zu.

Wer in unserem Vaterlande die Bezeichnung „Hufschmied" führen und anderer Leute Pferde beschlagen will, der muß einen genau vorgeschriebenen Lehrgang durchgemacht und eine Prüfung mit Erfolg abgelegt haben. Hingegen kann jedermann ohne irgendeinen Nachweis seiner Vorbildung und Befähigung, wenn er sich nur der Polizei anmeldet und in die Kurpfuscherliste eintragen läßt, sich durch Schild und Presse in völlig unbeschränkter Reklame der leidenden Menschheit als „Psychotherapeut" oder dergl. ankündigen, ein „Institut für praktische Psychologie" oder einen ähnlich anlockenden Kurpfuscherladen aufmachen. Es ist allerhöchste Zeit, daß in unserem psychisch kranken Staat endlich die Klinke der Gesetzgebung gegen die vielfach selbst psychopathischen und manchmal auch nicht ganz hasenreinen Psycho-Kurpfuscher in Bewegung gesetzt wird.

Professor Dr. Konrad Al(

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210909037/fragment/page=0001

Die für heute angesetzte Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages ist, den Blättern zufolge, auf Montag vertagt worden, da die Entscheidung in München erst am Sonnabend fallen wird.

Zeitungsverbote.

Durch Verfügung des Reichsministers des Innern wurde gestern die Arbeiterzeitung in Kassel, das Organ der Kommunistischen Partei für Hessen, Waldeck und Südhannover, durch die Kriminalpolizei beschlagnahmt und die weitere Herausgabe des Blattes vorläufig verhindert. Die Veranlassung gab ein Artikel, der in schärfster Weise die Reichsregierung angreift und von Beleidigungen des Reichspräsidenten wegen des bekannten Erlasses strotzt.

Vom Völkerbund.

Die fünfte Kommission (soziale und humanitäre Fragen) ernannte gestern verschiedene Berichterstatter für die einzelnen Fragen ihrer Tagesordnung, so für geistige Arbeiten Lafontaine-Belgien, Ferreiro-Portugal, für Tuberkulosebekämpfung Ador-Schweiz, Deputation für Frauen und Kinder: Fräulein Wacresco, Unterdrückung des Mädchenhandels Forchhammer-Dänemark. Die nächste Sitzung findet morgen, Sonnabend, nachmittag statt.

Eine der Fragen, die trotz vieler Debatten auf der letzten Völkerbundversammlung unerledigt blieb, die armenische, steht diesmal nicht auf der Tagesordnung der Versammlung. Ein Telegramm der armenischen Kolonie in Wien fordert das Generalsekretariat des Völkerbundes auf, die armenische Frage doch auf die Tagesordnung zu setzen. In dem Telegramm heißt es: Das armenische Volk sei am Todeskampfe angelangt. Es appelliere an den Völkerbund und wünsche zu sehen, daß der Völkerbund Armenien die in den internationalen Verträgen gewährten Rechte sichern helfe.

Den Völkerbundmitgliedern wurde gestern vom Generalsekretariat eine Denkschrift über das Saarbecken zugestellt.

Die große Rede, die Branting gestern in der Völkerbundversammlung hielt, erregte besonders durch die Kritik, die vor allem an der Tätigkeit des Völkerbundrates geübt wird, beträchtliches Aufsehen. Der Führer der schwedischen Delegation wies darauf hin, daß begreiflicherweise die meisten Vorwürfe gegen den Völkerbund dem Rate gelten. Infolge des Zusammenhanges zwischen Völkerbundpakt und dem Friedensvertrag verfolge die öffentliche Meinung, und zwar vor allem die kleinen Ententestaaten, mit der größten Empfindlichkeit alle Vorgänge, aus denen man schließen könne, daß der Völkerbund sich nicht nur von den Gesichtspunkten leiten lasse, die bei dieser Gründung maßgebend waren. Der Völkerbund habe sich mit verschiedenen Fragen überhaupt nicht beschäftigt, aus denen man eine der Erhaltung des Friedens dienliche Lösung erhoffen könnte. In anderen Fragen traf er Entscheidungen, die unvermeidlich den Gedanken nahe legten, daß bei ihnen Erwägungen mitspielten, keinen Einfluß auszuüben. Auch seien die von ihm angewendeten Methoden nicht immer die glücklichsten gewesen. Ich glaube unbestreitbar, daß die Beratungen des Rates oft den Eindruck hervorrufen, daß die Entscheidungen nicht in seinen Sitzungen, sondern wo anders vorbereitet, ja sogar wo anders gefällt wurden.

Rückschrittliche Tendenz im Völkerbund.

Aus Genf wird gemeldet: Nach den in den ersten vier Tagen der Versammlung vollbrachten Arbeiten scheinen die Hoffnungen derjenigen sich kaum zu erfüllen, die von dieser Versammlung erwarteten, daß sie über die Anfänge des letzten Jahres hinausgehen werde. Man muß vielmehr feststellen, daß in Genf einige der fortschrittlichen Anregungen des Vorjahres wieder unterdrückt werden. Der gestrige Entschluß der politischen Kommission (sechste Kommission), genau dasselbe Ausnahmeverfahren wie im Vorjahre wieder anzuwenden, ist dafür ein charakteristischer Beweis, nachdem die gestrige Ablehnung des argentinischen Antrages auf bedingungslose Aufnahme souveräner Staaten in der Kommission bereits den Anhängern der Universalität des Völkerbundes eine schwere Niederlage bereitete. Die Entwickelung vollzog sich logisch: gestern Weigerung der Kommission der Völkerbundsversammlung zu beantragen, an Stelle des Artikels 1 des Paktes bedingungslos jeden selbständigen Staat aufzunehmen, heute erhebt die Kommission von neuem die Interpretation des Artikels 1 aus dem Vorjahr zum gültigen Gesetz für die Aufnahme neuer Mitglieder, erklärt, daß dasselbe Verfahren mit seinen genauen Untersuchungs- und Fragesystem, wie es im letzten Jahre bei Bulgarien und Oesterreich angewendet wurde, auch neuen Kandidaten zum Völkerbunde auferlegt werden soll. Damit steht der Bund gerade in der vitalen Frage der Universalität auf demselben Standpunkte wie im letzten Jahre und ist sogar noch, falls die Versammlung nichts anderes beschließt als die Kommission, was kaum zu erwarten ist, um die Hoffnung des argentinischen Antrages ärmer.

Das gilt in gewissem Maße auch von dem Beschluß der Kommission für Paßabänderungen, der vom Völkerbund der vorjährigen Versammlung die wichtige Frage des Artikels 10 des Paktes überwiesen wurde. Dieser Artikel, den man in Amerika seinerzeit aufs heftigste bekämpfte, da er die Mitglieder verpflichtet, sich gegenseitig ihre territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit zu gewährleisten, sollte auf kanadischen Antrag gestrichen werden. Die Kommission erklärte sich gestern gegen die Streichung und wünscht, daß die Versammlung sich mit einer die Tragweite mildernden Auslegung begnüge. Stimmt die Versammlung zu, so ist damit auch eine der wichtigsten Hoffnungen erledigt, die die Anhänger einer Erweiterung des Völkerbundes im Vorjahre hegten. Während der Völkerbund in den erwähnten Fragen jede Abänderung im Sinne des Fortschrittes vermeidet, erfährt man aus dem gestern der Versammlung zugegangenen Kommissionsbericht, über die juristische Tragweite des Artikels 18, daß der Versammlung eine Abschwächung dieses Artikels vorgeschlagen werden soll, die einen Rückschritt darstellt.

Die Donnerstag-Sitzung.

In ihrer heutigen Vormittagssitzung, die um 10¾ Uhr eröffnet wurde, trat die Völkerbundversammlung in die erste große öffentliche Beratung des Berichts, den der Völkerbundrat der Versammlung zugestellt hat. Der Bericht ist mit dem Nachtrag zusammen 80 Seiten stark und in französischer und englischer Sprache abgefaßt. Er legt Rechenschaft über die Tätigkeit des Rates seit der ersten Versammlung und die Maßnahmen, die er in Ausführung der vorjährigen Versammlungsbeschlüsse ergriffen hat, ab. Damit steht die eigentliche Völkerbundsarbeit des letzten Jahres zur öffentlichen Diskussion, nachdem in der Dienstagssitzung bekanntlich die Ueberweisung an eine Kommission fast einstimmig abgelehnt worden war. Branting-Schweden eröffnete die Debatte mit einer längeren Rede, die französisch gehalten wurde und eine sehr entschiedene Kritik an dem Bericht des Völkerbundrates darstellt. Es war die erste Oppositionsrede dieses Jahres. Bei aller Anerkennung hielt Branting die Feststellung für notwendig, daß der Völkerbund noch nicht den Wünschen der Weltstimmung Rechnung getragen habe. Man habe vielfach den Eindruck, daß die Beschlüsse nicht von ihm, sondern von anderer Stelle gefaßt wurden. Mit besonderem Nachdruck fordert Branting, daß die Völkerbundsversammlung das Hauptorgan des Bundes bleiben müsse. Er kritisierte hierauf in sehr eingehender Weise verschiedene Maßnahmen, so auch die Berichterstattung über die Aalandsfrage, und tadelte die Tätigkeit des Völkerbundvertreters, von dem er Unparteilichkeit verlangte. Lord Robert Cecil, der wegen seines oft sensationellen Eingreifens im letzten Jahre mit Spannung erwartet wurde, hielt diesmal eine sehr gemäßigte Rede, welche verschiedene Vorwürfe Brantings zurückwies und vor allem das Sekretariat in Schutz nahm, welches der Redner zu seiner Tätigkeit beglückwünschte. Er rühmte die unparteiliche Haltung des Sekretariats und untersuchte dann des Näheren den Bericht, den er als sehr bemerkenswert, vielleicht nur etwas schwerfällig bezeichnete, und hob bei Besprechung der Tätigkeit des Rates die geschickte und bewundernswerte Regelung der Danziger Angelegenheit hervor. Nachdem Robert Cecil kurz einige andere vom Völkerbund gelöste internationale Fragen gestreift hatte, sprach er die Hoffnung aus, daß die ungemein wichtige oberschlesische Frage auch eine gerechte Lösung finden möge. Er beklagte, daß der polnisch-litauische Konflikt bisher nicht beigelegt sei, und richtete einen Appell an Polen und Litauen, denen man sagen müsse, daß die Fortdauer des Konfliktes ein internationaler Skandal sei, der den Weltfrieden gefährden müsse. Besonders eingehend besprach Robert Cecil die Mandatsfrage und sagte, daß die Entwicklung der unter Mandat gestellten Völker eine heilige Kulturaufgabe sei.

Eine Vorkonferenz für Washington.

Der diplomatische Berichterstatter der Evening News erklärt in der Lage zu sein, mitzuteilen, daß, obgleich berichtet worden sei, daß die amerikanische Regierung der Frage der Abhaltung von Vorbesprechungen in der Washingtoner Konferenz, als solche zum ersten Male vorgeschlagen wurde, nicht günstig gewesen sei, das Staatsdepartement in Washington jetzt der Anregung, diese Vorbesprechungen abzuhalten, vollkommen zustimmte. Der amerikanische Botschafter, der in Hythe sei, werde in enger Fühlung mit allen Vorschlägen bleiben, die von seiten der Vertreter der Mächte in London gemacht werden.

Der Gewerkschaftskongreß in Cardiff nahm heute eine Entschließung an, in der gefordert wird, daß die Arbeiterschaft auf der Washingtoner Konferenz vertreten sein soll, die die Flottenpolitik Großbritanniens verurteilen würde. Der Arbeiterführer Thomas erklärte, England müsse den anderen Mächten ein Beispiel geben indem es die Arbeiten für die neuen Schlachtschiffe einstelle. Er führte aus: Zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages haben wir in diesem Jahre vier Schlachtschiffe in Bau genommen, die 30 bis 40 Millionen Pfund Sterling kosten werden. Der einzig mögliche Weg ist, auf die Abrüstungskonferenz mit reinen Händen zu kommen und als Beweis für unsere Aufrichtigkeit zu erklären, daß wir Kriegsschiffe nicht mehr bauen werden und daß wir den übrigen Mächten ein Beispiel geben wollen. Thomas fragte, gegen wen die Schiffe gebaut würden. Statt der Kriegsschiffe müßten Handelsschiffe gebaut werden. Ein anderer Arbeiterführer erklärte, die Washingtoner Abrüstungskonferenz werde das Vorspiel sein, nicht für die Abrüstung, sondern für neue Rüstungen.

Die polnisch-schlesische Grenze abgeschlossen?

Der Berichterstatter der „Chicago Tribune" in Beuthen meldet, daß die polnisch-schlesische Grenze nunmehr vollkommen abgeschlossen ist. Beide Seiten werden von den interalliierten resp. von polnischen Truppen aufs strengste bewacht. — Man wird dieser Mitteilung nur geringen Glauben schenken können, denn derartige Nachrichten werden dadurch nicht wahrer, daß man sie oft wiederholt.

Die englisch-irische Krisis.

In der Antwort der britischen Regierung an de Valera wird an diesen die Frage gerichtet, ob er bereit sei, sich am 20. September an der Konferenz in Inverneß zu beteiligen, um zu ermitteln, wie die Verbindung Irlands und des britischen Reiches am besten mit den nationalen Bestrebungen der Iren in Einklang gebracht werden könnte.

Laut Blättermeldung hat Lloyd George dem Gewerkschaftskongreß in Cardif bezüglich der irischen Verhandlungen geantwortet, niemand widersetze sich mehr dem Blutvergießen als die englische Regierung und sei mehr gegen den brudermörderischen Krieg zwischen den Bürgern desselben Reiches, jedoch das Zeugnis der größten demokratischen Staatsmänner in der Geschichte bestärke ihn in dem Glauben, daß selbst Blutvergießen immer noch besser sei als das Auseinanderreißen eines lebendigen politischen Organismus, dessen Stärke und Einheit wesentlich seien für die Freiheit der Welt.

„Evening Standard" zufolge herrscht in bestunterrichteten Kreisen die Ansicht vor, daß eine Verwerfung der Vorschläge der britischen Regierung durch de Valera und den Eireannunwahrscheinlich sei. Es werde für sehr wahrscheinlich gehalten, daß eine neue Zusammenkunft des Kabinetts in Inverneß in zwei Wochen stattfinden werde. Ganz unabhängig davon, ob die Sinnfeiner die Einladung der Regierung zu einer Konferenz in Inverneß am 20. September annehmen oder nicht. — Wenn eine Konferenz stattfinden werde, so werde sie wahrscheinlich nur von einigen Vertretern beider Seiten geführt werden. Auf Seiten der Regierung wahrscheinlich von dem jetzt in Schottland befindlichen Minister.

Die Hilfsaktion für Rußland.

In der Weiterbeförderung der Lebensmittel und Getreidesendungen, die in letzter Zeit in Riga in großer Menge nicht nur für die Hilfsmission, sondern auch direkt für die Sowjetregierung eintreffen, da letztere in Schweden und England bedeutende Mengen eingekauft hat, ist eine unerwartete Stockung eingetreten. Die von der Sowjetregierung zu stellenden Waggons treffen trotz mehrfacher Mahnungen nicht ein, infolgedessen liegen im Rigaer Hafen elf Schiffe, die auf Löschung warten.

Aus der Thüringer Landtagswahlbewegung

Seit Monaten mußte bei den besonderen Parteiverhältnissen Thüringens mit Neuwahlen gerechnet werden, weil die aus Sozialdemokraten und Demokraten gebildete Regierung als Minderheitsregierung auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen war. Ein Rechtsblock, bestehend aus Landbund, Deutschnationalen und Volkspartei, stand in schärfster Opposition, die Kommunisten in den meisten Fällen ebenfalls. Bei der Verabschiedung des Grundsteuergesetzes konnte die Regierung keine Mehrheit finden. Sie vertrat die Ansicht, daß die Steuer nach dem gemeinen Wert festzusetzen sei, während der Rechtsblock den Ertragswert verlangte. Die Kommunisten benutzten die günstige Gelegenheit, um mit den Rechtsleuten die Auflösung zu erzwingen. Wie so häufig, auch diesmal rechts und links Bundesbrüder. Die Landesversammlung wurde aufgelöst und Neuwahlen auf den 11. September festgesetzt. Der Wahlkampf ist in vollem Gange.

Wie bei allen früheren Wahlschlachten, so führt auch jetzt wieder der Rechtsblock vornehmlich den Kampf gegen die Demokraten. Die vom vorjährigen Wahlkampfe noch in frischer Erinnerung gebliebene wüste Hetze hat wieder eingesetzt. In den Versammlungen und den Flugblättern wird mit den alten Verdrehungen und Entstellungen gearbeitet. Wieder schießt die Deutsche Volkspartei den Vogel ab. Die vernünftigen Artikel des Abg. v. Campe bleiben völlig unbeachtet. Nach der alten Methode wird weitergearbeitet. Die Demokraten müssen sich sowohl gegen rechts wie links wehren. Auch die Mehrheitssozialdemokratie sucht im Trüben zu fischen.

Außer den bisherigen Abgeordneten der Demokraten sind auch einige Reichstagsabgeordnete schon tätig gewesen. Auf besonderen Wunsch hatte sich Abg. Delius zur Verfügung gestellt. Er sprach in Sonneberg vor überfülltem Saal, nachdem am Abend vorher eine deutschnationale Versammlung durch die U. S. P. gesprengt war. Die weiteren Versammlungen in Eisenach, Ilmenau und Weimar waren ebenfalls sehr gut besucht. Interessant waren in Weimar die Ausführungen des volksparteilichen Redners, eines Landgerichtsrats, der die Ausführungen des Abg. Delius als vorzüglich und auf hoher Warte stehend bezeichnete und warme Worte der Anerkennung für die hervorragende Tätigkeit des Abg. Delius im Parlamente fand. Staatsminister Paulsen stimmte dem Vortragenden ebenfalls lebhaft zu.

Die vier Versammlungen waren, so schreiben die Thüringer Zeitungen, ein glänzender Erfolg für die demokratische Sache. Leider ist die von dem Rechtsgegner immer als kapitalistisch verschriene Demokratische Partei nicht in der Lage, den Kampf so führen zu können, wie es jene vermögen, die wieder über Riesengeldmittel verfügen.

Die westungarische Frage.

Die Wiener Polit. Korresp. schreibt: Die Ententemächte haben der österreichischen Regierung neuerdings versichert, daß die von Oesterreich in der westungarischen Frage eingenommene Haltung ihre volle Zustimmung finde. Die österreichische Regierung hat nunmehr die interalliierte Generalkommission in Oedenburg verständigt, daß sie, wenn dem gegenwärtigen Zustande im Burgenlande nicht baldigst ein Ende bereitet werde, die Gendarmerie zurückziehen müsse, weil sie nicht gewillt sei, das Leben dieser zur friedlichen Besetzung ins Land gerufenen Sicherheitsbeamten weiter aufs Spiel zu setzen.

Deutsches Reich.

Ausnahmegesetz gegen die Sonntagsruhe in Bayern. Die bayrischen Ministerien für Soziale Fürsorge und für Handel, Industrie und Gewerbe haben trotz des einmütigen Protestes der Angestelltenorganisationen unterm 17. August d. J. eine Bekanntmachung erlassen, nach der in Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern ein allgemeines Offenhalten der Läden und eine Beschäftigung von Angestellten an 24 Sonntagen im Jahre gestattet ist. Da die reichsgesetzlichen Bestimmungen vom 5. Februar 1919 eine Höchstzahl von 10 Ausnahmesonntagen vorsehen, so hat der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) in Eingaben an den Reichstag und das Reichsarbeitsministerium gegen diese Mißachtung reichsgesetzlicher Vorschriften sowie des Rechtes der Angestellten auf einen arbeitsfreien Sonntag Verwahrung eingelegt und dringend um Abhilfe ersucht.

DEGEA Spar-Glühkörper 25 %
Hellstes Licht bei geringstem Gasverbrauch
Bestes Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft, Berlin O.17
Gas-Ersparnis

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210909037/fragment/page=0002